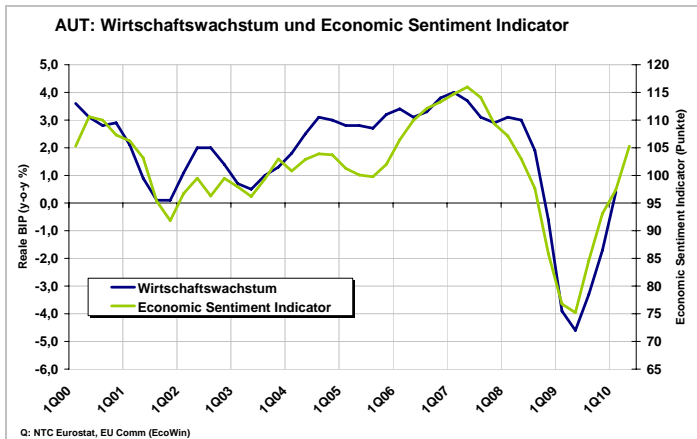


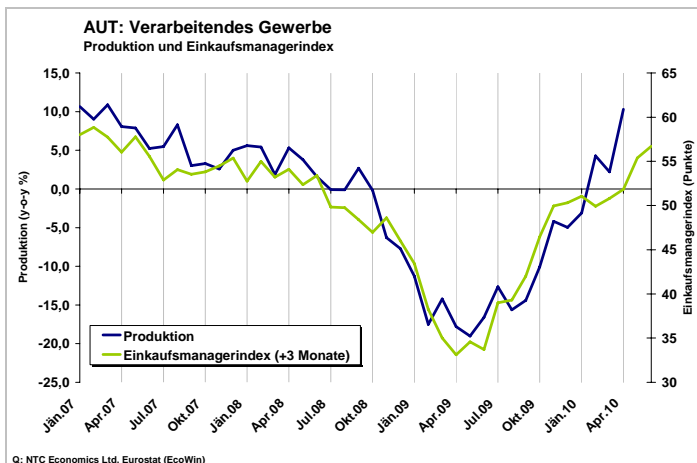
Konjunkturmonitor Österreich

3. Quartal 2010



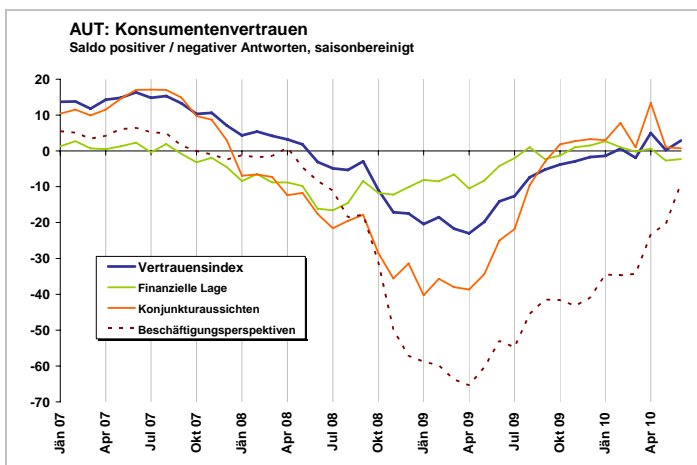
Wirtschaftswachstum

Enttäuschende Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in 1Q10: -0,1 % q-o-q, +0,4 % y-o-y
Negativer Außenbeitrag konnte durch steigende Binnennachfrage nicht kompensiert werden
Frühindikatoren deuten jedoch auf höhere Dynamik in Q2 hin
OeNB rechnet mit Quartalswachstum von 0,5 % und Jahreswachstum von 1,9 % (Konjunkturindikator)



Verarbeitendes Gewerbe

Kräftige Expansion in der Sachgütererzeugung zu Beginn des zweiten Quartals: +3,3 % gegenüber Vormonat (+10,3 % y-o-y)
Auftragseingänge aus dem In- und Ausland lassen ebenso auf fortgesetzte Dynamik schließen wie diverse Umfragen
Einkaufsmanagerindex in Q2 mit 59 Punkten deutlich über der Expansionsschwelle (50 Punkte)



Konsumentenvertrauen

Erhebliche Schwankungen des Vertrauensindex in den letzten Monaten, aber Aufwärtstrend grundsätzlich intakt – Wert in der ersten Jahreshälfte oberhalb des langfristigen Durchschnitts
Erwartungen bezüglich der Einkommensentwicklung und der allgemeinen Wirtschaftslage eher gedämpft, Beschäftigungsperspektiven in den letzten Monaten jedoch kräftig verbessert; Bereitschaft zur Anschaffung dauerhafter Konsumgüter nach wie vor niedrig

Die aktuelle Lage

Die gesamtwirtschaftliche Produktion entwickelte sich zu Jahresbeginn enttäuschend: Im ersten Quartal sank das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal saison- und arbeitstägig bereinigt um 0,1 % (Vorjahresvergleich: +0,4 %). Dafür zeichnete einerseits der negative Außenbeitrag verantwortlich: Nach einer dynamischen zweiten Jahreshälfte 2009 nahmen die Exporte im Frühjahr lediglich um 0,3 % q-o-q zu (zuvor: +1,2 % und +1,9 %), hingegen beschleunigte sich der Zuwachs der Importe auf 0,8 % (zuletzt: +0,4 %). Zum anderen setzte sich der Rückgang der Anlageinvestitionen der Unternehmen zum siebenten Mal in Folge fort (-1,9 %). Starke Impulse kamen hingegen von der Lagerveränderung, den öffentlichen Ausgaben und dem privaten Konsum. Die Verbraucher hatten ihre Ausgaben auch während der Krise kontinuierlich ausgeweitet und damit einen noch stärkeren Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage verhindert. Das neuerliche Plus von 0,3 % ist vor dem Hintergrund der noch schwachen Konjunktur äußerst positiv zu beurteilen. Im weiteren Jahresverlauf dürfte der private Verbrauch allerdings hinter der Expansion des realen BIP zurückbleiben. Die weitgehend stagnierenden Einkommen und die hohe Arbeitslosigkeit sprechen gegen eine stärkere Expansion. Dennoch könnte sich das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal auf etwa ½ % q-o-q beschleunigt haben. Die Auftragsbestände der Unternehmen zeigen, dass die Nachfrage aus dem In- und Ausland merklich angezogen hat; die Produktionserwartungen waren im Juni so optimistisch wie schon lange nicht mehr. Der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe verzeichnete mit durchschnittlich 59 Punkten im zweiten Quartal einen Wert deutlich über der Expansionsschwelle (50 Punkte). Das Geschäftsklima in den einzelnen Dienstleistungsbranchen verbesserte sich in den letzten Monaten ebenfalls merklich. In der Bauwirtschaft ist allerdings nur wenig Dynamik erkennbar. Gemäß des jüngsten WIFO-Konjunkturtests wird die Auftragslage zwar mehrheitlich als „ausreichend“ beurteilt, das ist historisch gesehen allerdings kein besonders guter Wert. So sehen die Bauunternehmer auch kaum Potenzial für ein Anziehen der Produktion in den kommenden Monaten.

Der heimische Einzelhandel startete schlecht in das zweite Quartal (April: -0,9 %, Mai -0,6 % gegenüber dem Vormonat). Allerdings deuten die Umfragen auf eine Verbesserung des Absatzes in den vergangenen beiden Monaten hin. Die Erwartungen bezüglich der Geschäfts- und Beschäftigungsentwicklung in den kommenden Monaten waren zuletzt ebenfalls optimistischer.

Die Zahl der Arbeitslosen in Österreich ist in der ersten Hälfte des heurigen Jahres merklich gesunken. Der Rückgang war zwar in erster Linie saisonal bedingt, aber auch im Vorjahresvergleich waren im Juni um fast 17.000 Personen weniger beim AMS als arbeitslos gemeldet. Während die unbereinigte Arbeitslosenquote von ihrem Höchstwert im Jänner (8,9 %) mittlerweile um 3 Prozentpunkte gesunken ist, verbesserte sich die saisonal bereinigte Quote auf zuletzt 6,9 % (-0,3 PP). Die Zahl der unselbständig Aktiv-Beschäftigten übertraf das Vorjahresniveau im Juni um 1,2 %. Diese Entwicklung ist wesentlich besser als zu Jahresbeginn befürchtet wurde.

Der jährliche Verbraucherpreisanstieg hat sich im Mai auf 1,9 % geringfügig verlangsamt, nach jeweils 2,0 % im April und März. Einmal mehr war die Teuerung von Öl (+21 %) für den Großteil der Inflation verantwortlich. Ohne diese hätte die Inflationsrate im Mai lediglich 1,0 % betragen. Gegenüber dem Vormonat stieg das allgemeine Preisniveau nur um 0,1 %. Seit Juni bewegt sich der Ölpreis nur mehr geringfügig über dem entsprechenden Niveau des Vorjahres; der für die Teuerung wesentliche Treiber fällt damit weitgehend weg. Die Inflationsrate dürfte demnach in den kommenden Monaten auf rund 1 ½ % zurückgehen.

Das aktuelle Thema: Wohnbaukredite erholen sich allmählich

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise schwächte sich die Nachfrage der privaten Haushalte nach Krediten merklich ab. Beginnend mit Herbst 2008 verzeichneten die Banken im Euroraum einen abnehmenden Bestand aushaftender Wohnbaurdarlehen¹. Dieser Trend hielt allerdings nur bis April 2009 an; seither nimmt das Volumen wieder zu. Die jährliche Veränderungsrate der im Euroraum vergebenen Wohnbaurdarlehen beschleunigt sich seit Monaten kontinuierlich: von -0,6 % im September 2009 auf +3,1 % im heurigen Mai.

Hinter diesem Durchschnittswert verbirgt sich allerdings eine äußerst unterschiedliche Dynamik in den einzelnen Mitgliedsländern. So war der Einbruch der Kreditnachfrage vor allem in jenen Volkswirtschaften besonders stark, die zuvor einen Immobilienboom erlebten – Irland (IE), Spanien (ES), Belgien (BE) und in geringerem Ausmaß auch Griechenland (GR). Nach Wachstumsraten von teilweise mehr als 30 % erlebten insbesondere Belgien und Irland im Vorjahr einen massiven Rückgang, der in Irland bis zuletzt andauerte. In Spanien stagnierte das Kreditvolumen in den letzten Monaten auf hohem Niveau.

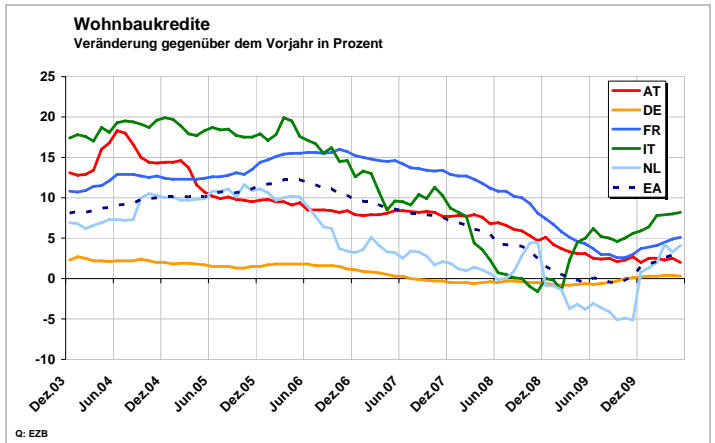
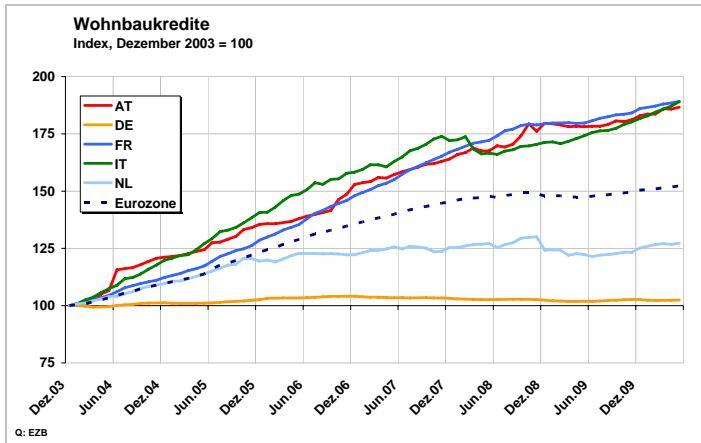
In Österreich (AT) betrug das jährliche Wachstum der Wohnbaurdarlehen in den Boomjahren 2004 bis 2007 immerhin mehr als 10 %. Während der Krise verlangsamte sich die jährliche Expansionsrate auf 2 % bis 3 %, fiel aber nie unter null. Die Wohnbaukredite in Italien (IT) und Frankreich (FR) nahmen eine ähnliche Entwicklung wie in Österreich. Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg (Ausgangspunkt: Dezember 2003) war deren Kreditwachstum kräftiger als im Mittel des Euroraumes. Der Durchschnittswert wird insbesondere vom größten Mitgliedsland, Deutschland (DE), nach unten gedrückt: Nirgendwo anders entfaltete die Kreditnachfrage in den letzten Jahren so wenig Dynamik. Die von deutschen Banken vergebenen Wohnbaukredite waren im Mai dieses Jahres gerade mal 2 ½ % höher als zu Beginn der Beobachtungsperiode im Dezember 2003. Der jährliche Anstieg betrug lediglich ½ % - das ist weniger als der nominelle Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes.

Dementsprechend nahmen die Wohnbaukredite, gemessen am BIP, in Deutschland von 2003 bis 2009 um 3 Prozentpunkte auf 40 % ab. Neben Deutschland verzeichnete nur Belgien eine ähnliche Entwicklung (-2 Prozentpunkte auf 23 %), in allen anderen Ländern nahmen die Wohnbaukredite relativ zum Bruttoinlandsprodukt zu. Besonders kräftig fiel der Anstieg in den Boomländern Irland und Spanien aus: mit einem Plus von 34 bzw. 29 Prozentpunkten verdoppelten sich die Quoten. Irland führt damit den Verschuldungsreigen in der Eurozone, gemessen an der Wirtschaftleistung, mit 69 % an, gefolgt von den Niederlanden (65 %), Portugal (64 %) und Spanien (62 %). In Österreich erhöhten sich die Wohnbaurdarlehen relativ zum BIP seit 2003 um 9 Prozentpunkte auf moderate 26 % (Durchschnitt der Eurozone: 39 %).

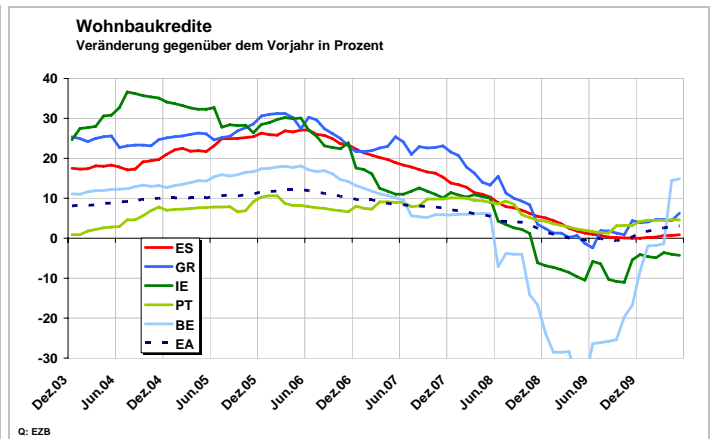
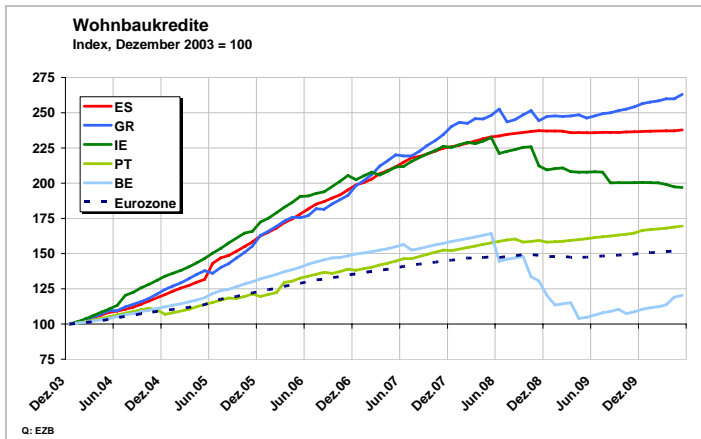
Die Verschuldungssituation Irlands stellt sich noch dramatischer dar, wenn man die aushaftenden Wohnbaurdarlehen auf die Anzahl der privaten Haushalte bezieht: 70.000 EUR, ein Plus von mehr als 30.000 EUR innerhalb der letzten fünf Jahre. Dieser Wert wird nur noch von Belgien überboten (78.000 EUR). Alle anderen Länder liegen deutlich darunter, selbst in Spanien beträgt die Haushaltsverschuldung aus Wohnbaukrediten weniger als 40.000 EUR. Österreich liegt mit knapp 20.000 EUR pro Haushalt am unteren Ende der Skala (Durchschnitt der Eurozone: 25.000 EUR).

¹ Zur Entwicklung der Unternehmenskredite siehe „Economic Newsletter Extra – Unternehmenskredite“, BAWAG P.S.K., Juni 2010.

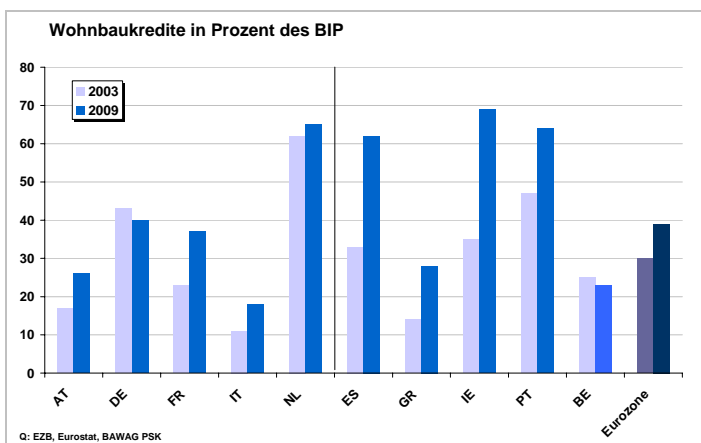
Wohnbaukredite AT, DE, FR, IT, NL



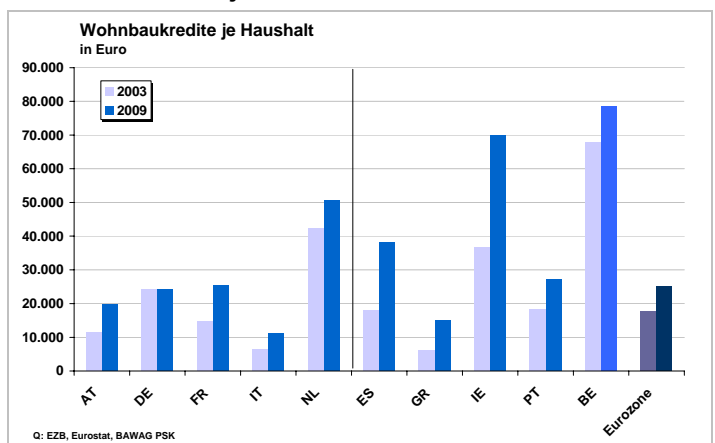
Wohnbaukredite ES, GR, IE, PT, BE



Wohnbaukredite in % des BIP



Wohnbaukredite je Haushalt

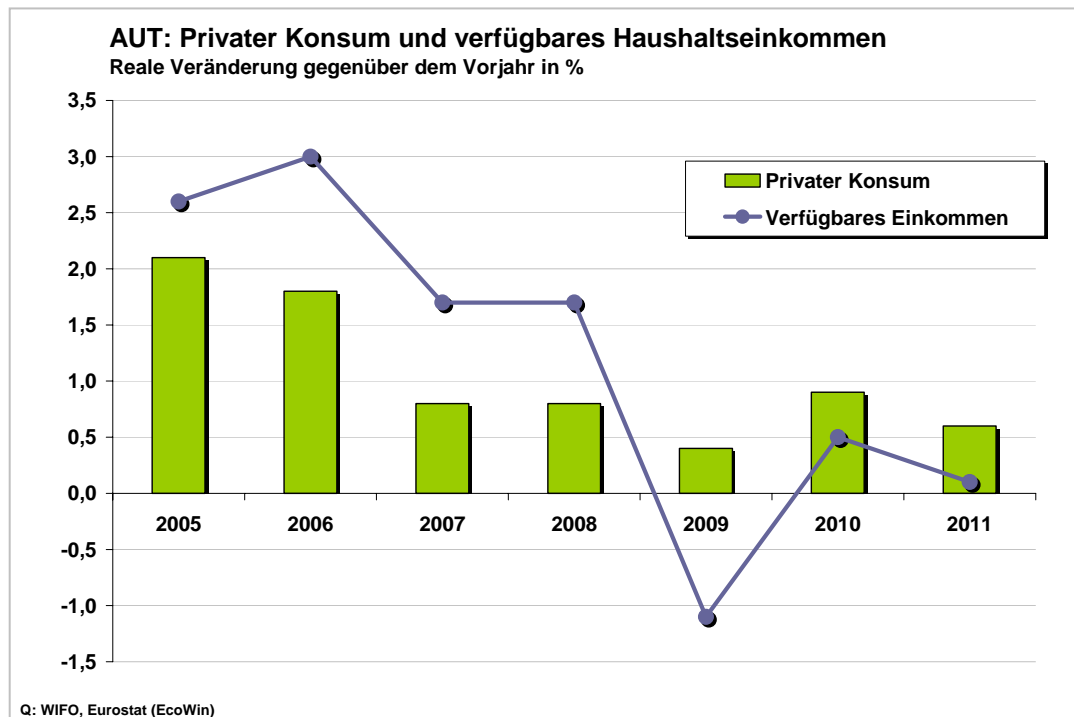


Die aktuelle Prognose von WIFO und IHS (Juni 2010)

Das Gesamtbild der heimischen Konjunktur, das die beiden österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS in ihrer Sommerprognose vermitteln, ist etwas positiver als es noch im Frühjahr war. Die Zusammensetzung des moderaten Wachstums für das heurige Jahr (+1,2 % bis +1,5 %) hat sich jedoch noch deutlicher zugunsten der Exportwirtschaft verändert, während die Bruttoinvestitionen stärker als zuvor antizipiert abnehmen werden. Der Ausblick für 2011 ist ebenfalls etwas weniger verhalten. Der Unterschied zwischen der Prognose des WIFO (Anstieg des realen BIP um +1,6 %) und des IHS (+1,9 %) basiert im Wesentlichen auf einer auseinander gehenden Einschätzung des privaten Konsums. Das WIFO rechnet mit einer weitaus stärkeren negativen Auswirkung der Budgetkonsolidierung auf das verfügbare Einkommen und damit auf die Konsumtätigkeit der privaten Haushalte. Nachdem die konkrete Ausgestaltung der Konsolidierungspläne der Bundesregierung jedoch noch nicht vorliegt, kann nur eine vage Berechnung des Effekts auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vorgenommen werden. Das Ziel der Regierung ist jedenfalls eine Verringerung des Budgetdefizits auf 4 % des BIP im Jahr 2011.

Die Erholung der österreichischen Wirtschaft dürfte weiterhin vorrangig von den Warenexporten getragen werden. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2009 konnten die Ausfuhren dank der stärkeren globalen Nachfrage spürbar gesteigert werden. Die Dynamik des Welthandels konzentriert sich auf die asiatischen und amerikanischen Märkte. Die österreichischen Exporteure profitieren davon größtenteils indirekt über den Haupthandelspartner Deutschland. Aber auch die Handelsbeziehungen mit den Nachbarländern Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien belebten sich in den vergangenen Monaten. Das Anfangsquartal des heurigen Jahres ist zwar überraschend schwach ausgefallen, für das Gesamtjahr ist jedoch mit einer ausgeprägten Zunahme der Exporte zu rechnen, die auch im Folgejahr anhalten dürfte. Dagegen wird die Importnachfrage aufgrund der geringen Neigung zum Konsum dauerhafter Güter und rückläufiger Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum wesentlich schwächer ansteigen als die Exporte.

Der private Konsum, der 2009 wesentlich zur Stabilisierung der Konjunktur beitrug, wird heuer um weniger als 1 % zunehmen und damit hinter dem Wachstum der Gesamtwirtschaft zurückbleiben. Die Konsumtätigkeit wird durch eine niedrige Inflationsrate begünstigt und profitiert von den im heurigen Jahr endgültig auslaufenden Effekten des Konjunkturpakets. Die hohe Arbeitslosigkeit und ein äußerst moderater Anstieg der verfügbaren Einkommen verhindern allerdings eine größere Ausgabebereitschaft der Konsumenten. Die Sparneigung hat 2008 mit 12 % ihren Höhepunkt erreicht und sinkt seitdem. Das WIFO geht davon aus, dass die ungünstige Einkommensentwicklung weiterhin durch eine verringerte Ersparnisbildung ausgeglichen wird und erwartet für 2011 eine Sparquote von 10,2 %. Über die Entwicklung der verfügbaren Einkommen im kommenden Jahr sind sich die beiden Forschungsinstitute nicht einig: Das IHS geht von einer Expansion um 0,8 % aus, während das WIFO beinahe eine Stagnation prognostiziert. Den marginalen Anstieg von 0,1 % begründet das WIFO mit einer Beschleunigung der Inflation und dem negativen Einkommenseffekt der Konsolidierungsmaßnahmen.



Eine einzige Nachfragekomponente wird heuer negativ zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beitragen: die Investitionen. Nachdem die Anlageinvestitionen im Vorjahr um mehr als 8 % eingebrochen sind, dürfte die Investitionstätigkeit heuer erneut rückläufig sein. Vor allem die dem Konjunkturzyklus mit einiger Verzögerung folgenden Ausrüstungsinvestitionen werden in diesem Jahr noch massiv zurückgehen. Zwar haben sich die Absatzerwartungen der Unternehmen nachhaltig verbessert, die Kapazitätsauslastung ist aber nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. Der Auslastungsgrad lag laut WIFO-Konjunkturtest im zweiten Quartal 2010 bei knapp unter 80 %. Der Industrieoutput lag zuletzt um 10 % unter dem Rekordniveau vom Jänner 2008, es zeichnet sich jedoch seit einigen Monaten eine zunehmende Dynamik ab. Erst im Laufe des heurigen Jahres dürfte sich die Sachkapitalbildung stabilisieren, so dass 2011 wieder eine leichte Expansion denkbar ist. Ähnliches gilt für die Bauinvestitionen: Der Rückgang, der 2009 sehr ausgeprägt war, setzte sich auch im Anfangsquartal fort; sowohl der Wohnbau als auch der sonstige Bau sind davon betroffen. Die hohe Arbeitslosigkeit veranlasst die privaten Haushalte, hohe Ausgaben äußerst vorsichtig zu tätigen, so auch im Wohnungs- und Hausneubau. Für heuer ist ein Rückgang von etwa 1 % zu erwarten; mehrere Maßnahmen wie z.B. die Förderung der thermischen Sanierung werden heuer wirksam und können einen stärkeren Rückgang verhindern. 2011 wird die Wertschöpfung der Bauwirtschaft mangels nachhaltiger Impulse nur minimal zunehmen.

Die Auswirkungen der Rezession auf den heimischen Arbeitsmarkt wurden bisher stark überschätzt. Beide Institute revidierten ihre Prognose für die Arbeitslosenquote deutlich nach unten und erwarten nun eine Ausweitung der Beschäftigung schon in diesem Jahr, doch auch die neue Vorschau ist unseres Erachtens noch sehr pessimistisch. Die Beschäftigung soll demnach in beiden Jahren um jeweils ½ % steigen; der Zuwachs nährt sich vorwiegend aus dem öffentlichkeitsnahen Dienstleistungssektor sowie der Sachgütererzeugung (größtenteils Leiharbeitsverträge). Für beide Jahre summiert sich ein Beschäftigungsanstieg von 34.000 Personen; 2009 belief sich der Rückgang auf 45.000 Personen. Die Schaffung neuer Jobs wird jedoch zu schwach ausfallen, um die Zahl der Arbeitslosen zu verringern: Für den Prognosezeitraum wird eine Arbeitslosenquote erwartet, die leicht über dem Niveau des

Vorjahres von 7,1 % liegt. Zudem dürfte die Zahl der Schulungsteilnehmer außerordentlich hoch bleiben: Auch für 2011 rechnet das WIFO noch mit 70.000 Personen in Schulungsmaßnahmen.

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird im Prognosezeitraum moderat bleiben. Die verhaltene konjunkturelle Entwicklung und die niedrige Kapazitätsauslastung lassen keine stärkeren Preissprünge erwarten. Heuer wird aufgrund der Entwicklung der Energiepreise eine Teuerung von 1,8 % prognostiziert. Im kommenden Jahr könnte die Anhebung von Abgaben und indirekten Steuern aufgrund der Budgetkonsolidierung laut WIFO die Inflationsrate auf über 2 % ansteigen lassen.

Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte wird heuer um 1,2 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert von 3,4 % des BIP liegen. Abgesehen von den PIIGS-Ländern, die bereits heuer konsolidieren, werden sämtliche EU-Mitgliedsstaaten ihre Sparbemühungen 2011 starten, so auch Österreich. Es liegt zwar noch kein konkreter Budgetplan vor, vorgesehen ist jedoch ein Beitrag der Ausgabenseite von 60 % und der Einnahmenseite von 40 % zu den Konsolidierungsvorhaben. Damit soll sich das Budgetdefizit im kommenden Jahr auf 3,8 % des BIP verringern. Eine Stabilisierung des Arbeitsmarktes und weiterhin niedrige Zinsen für österreichische Staatsanleihen können die Konsolidierungsbemühungen in den nächsten Jahren stützen.

Die Veröffentlichung der Herbstprognosen der österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute ist für 24. September 2010 vorgesehen.

Abstract: Economic Outlook for 2010 and 2011

The current outlook of WIFO and IHS for the Austrian economy is slightly more optimistic than it was in spring. In 2010, the institutes forecast real GDP to grow by 1.2 % and 1.5 %, respectively. However, the contribution of aggregate demand has changed. The positive impulse from exports should be elevated while gross fixed investment could decrease sharper than expected in the previous forecast. Real GDP growth will remain subdued in 2011; WIFO is a little more pessimistic (+1.6 %) than IHS (+1.9 %). This results from a divergent view of the effect of consolidation efforts on disposable household income and consequently, on private consumption.

The main engine of the economic recovery continues to be goods exports. Although the dynamics of world trade is concentrated in Asia and America, the Austrian economy can benefit mainly indirectly through the strong trade relations with Germany. Nevertheless, exports to other neighbouring countries like the Czech Republic, Slovakia, Slovenia, and Hungary could also be increased in the past months. Although the first quarter of this year turned out to be weak, for the whole year a strong increase of exports is much likely while imports might rise slower.

Private consumption which contributed to a stabilisation of the economy last year could expand by around 1 % this year which is less than aggregate demand growth. Although a subdued consumer price increase and impulses from the economic aid package will support private households, there are good arguments against stronger consumption: unemployment is high and disposable income is expected to grow very slowly. Whereas IHS is forecasting an increase of disposable income by 0.8 % for 2011, WIFO considers even a stagnation which is due to the stronger negative effects of the consolidation plans and a slightly higher inflation rate. As the detailed budget plan for 2011 is still to be elaborated, the impact on private consumption is just a very rough estimation.

The turnaround in the investment cycle will not materialise until the middle of the next year. Non-residential investment is suffering of low capacity utilisation and residential investment is lacking a higher willingness to realise long-term capital expenditures.

The situation on the labour market also puts a brake on consumption of durable goods. However, the impact of the recession on the domestic employment situation was overestimated in the spring forecast. The current figures still are pessimistic, in our view. Employment is expected to grow by a half percent in each year which would sum up to an increase of 34,000 persons. The fall of employment in 2009 amounted to 45,000. Both institutes assume that the increase in the number of jobs will be too weak to lower the unemployment rate. Additionally, the number of persons in trainings could remain on a very high level until the end of the forecast period.

Due to the very moderate recovery inflation will remain subdued. In 2011, there might be some impetus from higher taxes. Therefore, WIFO expects an inflation rate of roughly 2 %.

The budget deficit will increase markedly in 2010 to around 4.6 % of GDP. Austria as well as all other member states of the Euro Area (except for the PIIGS countries which already started this year) will start its consolidation efforts in 2011. Even though the detailed budget plan is not ready yet, it was announced that the main focus of consolidation measures will be on the expenditure side. Net lending should decrease to 3.8 % of GDP in the coming year.

Die aktuelle Prognose in Zahlen	2009	2010	2010	2011	2011
		WIFO	IHS	WIFO	IHS
Bruttoinlandsprodukt (GDP) ¹	-3,5	+1,2	+1,5	+1,6	+1,9
<i>BIP, arbeitstätig bereinigt</i> (GDP, calendar adjusted) ¹	+3,5
Privater Konsum (Private consumption) ¹	+0,4	+0,9	+0,9	+0,6	+1,1
Öffentlicher Konsum (Public consumption) ¹	+1,2	+1,0	+0,8	-0,3	+0,3
Bruttoinvestitionen (inkl. Lager) (Gross investment) ¹	-11,2	-2,9	-0,8	+2,5	+1,7
Bruttoanlageinvestitionen (Gross fixed investment) ¹	-8,1	-3,2	-1,2	+1,9	+1,4
Ausrüstungen (Non-residential) ¹	-10,6	-6,0	-1,5	+4,0	+3,0
Bauten (Residential) ¹	-6,0	-1,0	-1,0	+0,3	+0,0
Inlandsnachfrage (Domestic demand) ¹	-2,2	-0,0	+0,7	+0,8	+1,0
Exporte i.w.S. (Total exports) ¹	-15,8	+4,7	+5,7	+5,6	+6,0
Warenausfuhren (lt. VGR) (Goods exports)	-17,8	+5,8	+7,3	+6,6	+6,8
Importe i.w.S. (Total imports) ¹	-14,9	+2,6	+4,2	+4,5	+4,8
Wareneinfuhren (lt. VGR) (Goods imports)	-16,1	+2,8	+4,7	+5,0	+5,1
Sachgütererzeugung (Manufacturing) ¹	-11,5	+3,5	.	+5,8	.
Handel (Trade) ¹	-3,1	+1,2	.	+0,7	.
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (Disposable personal income of households) ¹	-1,1	+0,5	+0,8	+0,1	+0,8
Sparquote der privaten Haushalte (Savings rate)	11,0	10,6	.	10,2	.
Arbeitslosenquote (laut AMS) (Unemployment rate, national definition) ²	7,1	7,2	7,2	7,3	7,2
Arbeitslosenquote (laut Eurostat) (Unemployment rate, Eurostat definition) ³	4,8	4,9	5,0	5,0	5,0
Unselbständig Aktivbeschäftigte (Payroll employment) ⁴	-1,4	+0,5	+0,5	+0,5	+0,7
Inflationsrate (VPI) (Headline inflation)	0,5	1,8	1,7	2,1	1,8
Kerninflationsrate (Core inflation) ⁵	1,5	1,3	.	1,6	.
Leistungsbilanz (Current account balance) ⁶	+2,3	+2,8	.	+3,7	.
Finanzierungssaldo des Staates (General government balance) ⁷	-3,4	-4,6	-4,5	-3,8	-4,0

- 1 Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Year-on-year volume percentage change)
- 2 In Prozent der unselbständig Erwerbstätigen (As a percentage of payroll employed persons)
- 3 In Prozent der Erwerbstätigen (As a percentage of total labour force)
- 4 Ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenz- und Kinderbetreuungsgeld und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer (Persons in active dependent employment)
- 5 Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Excluding energy and unprocessed food)
- 6 In Prozent des Bruttoinlandsproduktes (As a percentage of GDP)

Prognose: WIFO, IHS

Reales Bruttoinlandsprodukt

% y-o-y ¹	1Q09	2Q09	3Q09	4Q09	1Q10	1Q10 ²
Bruttoinlandsprodukt	-3,9	-4,6	-3,3	-1,7	+0,4	-0,1
Privater Konsum	+0,6	+0,7	+0,9	+1,0	+1,1	+0,3
Öffentlicher Konsum	+1,9	-0,5	+1,9	+0,6	+3,4	+1,1
Bruttoanlageinvestitionen	-6,9	-8,6	-7,6	-6,9	-6,1	-1,9
Inländische Verwendung	-1,2	-2,4	-1,8	-1,6	-0,5	+0,2
Exporte	-17,2	-19,1	-14,8	-8,3	+0,3	+0,3
Importe	-13,6	-16,3	-13,2	-8,6	-1,4	+0,8

EU-Business and Consumer Survey

% Saldo	φ	Feb 10	Mär 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10
Industrie	-11	-16	-14	-11	-8	-3
Dienstleistungen	13	3	6	12	14	13
Konsumenten	-1	1	-2	5	0	3
Einzelhandel	-11	-6	-2	3	13	5
Bauwirtschaft	-24	-19	-16	-15	-15	-13
Economic Sentiment Indicator	100,0	97,8	99,0	103,8	105,2	106,8

Sonstige Indikatoren

% y-o-y ¹	2009	Feb 10	Mär 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10
Verbraucherpreise (VPI)	0,5	1,0	2,0	2,0	1,9	.
Verbraucherpreise (HVPI)	0,4	0,9	1,8	1,8	1,7	.
Produktion verarbeitendes Gewerbe	-13,2	+4,3	+2,2	+10,3	.	.
Produktion Baugewerbe	-2,2	-7,2	-5,3	-3,4	.	.
Reale Einzelhandelsumsätze	+2,0	+3,5	+2,3	+0,5	+0,4	.
Unselbst. Aktivbeschäftigte (1.000) ³	-44,8	-15,9	+18,3	+17,6	+26,5	+40,9
Arbeitslosenquote (AMS)	7,1	7,2	7,1	7,0	6,9	6,9
Arbeitslosenquote (Eurostat)	4,8	4,5	4,2	4,1	4,0	.

1 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, arbeitstätig und saisonal bereinigt, soweit vorhanden

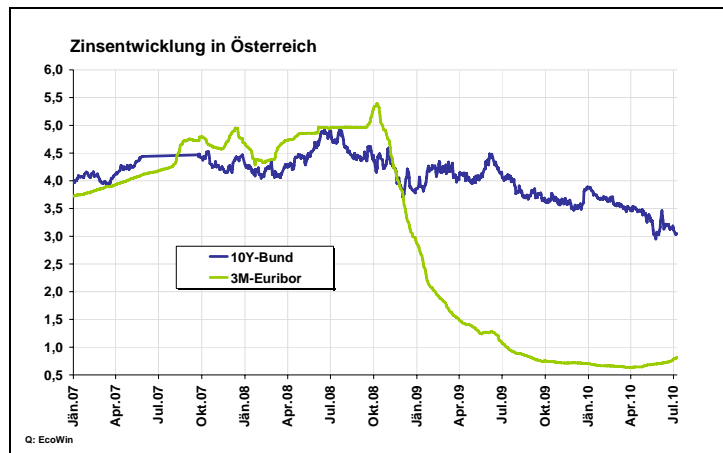
2 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, arbeitstätig und saisonal bereinigt

3 Ohne Präsenzdienster und Bezieher von Karenz- und Kinderbetreuungsgeld und AMS-Schulungsteilnehmer

% Saldo = Saldo aus positiven und negativen Antworten in Prozent der Befragten, saisonbereinigt

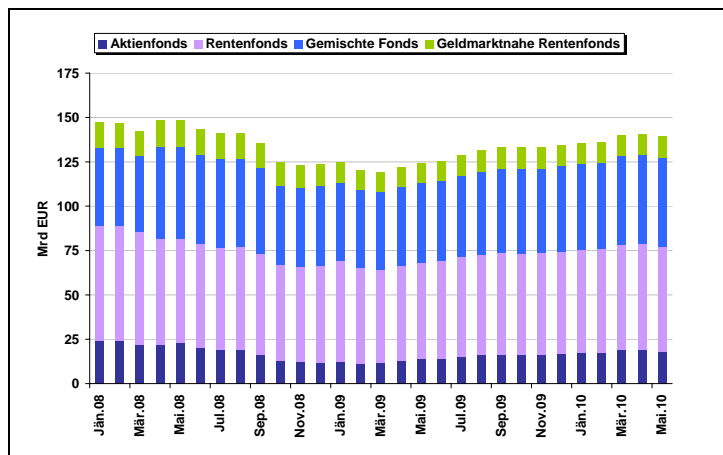
Geld- und Kapitalmarkt

	09.07.09	in 3 Mo
3-M-Euribor	0,82	0,90
10-J-Bund	3,05	3,30



Vermögensbestand inländischer Investmentfonds

Mai 2010	Mrd EUR	yoy %
Aktienfonds	17,66	+26,8
Rentenfonds	59,52	+9,4
Gemischte Fonds	50,12	+12,1
Geldmarktnahe F.	11,91	+8,3
Alternative und sonstige Fonds	2,10	-6,1
Summe	141,31	+11,9



Einlagen- und Kreditgeschäft der inländischen Banken (EZB-Monetärstatistik)

% y-o-y	2009 ¹	Feb 10	Mär 10	Apr 10
Einlagen von inländischen Nichtbanken	+3,7	-0,9	-1,6	-0,7
Private Haushalte und Organisationen	+5,7	+2,2	+1,6	+2,3
Nicht-finanzielle Unternehmen	+1,9	+5,3	+9,1	+5,5
Nichtbanken-Finanzintermediäre	-12,9	-25,3	-30,1	-22,7
Öffentlicher Sektor	+14,0	-28,4	-35,0	-31,2
Kredite an inländische Nichtbanken	+3,4	-0,2	+0,3	+0,4
Private Haushalte und Organisationen	+2,1	+1,2	+2,4	+2,1
Konsumzwecke	-4,3	-2,5	-2,7	-3,2
Schaffung/Erhaltung von Wohnraum	+4,9	+2,7	+4,4	+4,2
Sonst. Ausleihungen	+1,3	+0,7	+1,8	+1,3
Nicht-finanzielle Unternehmen	+3,6	-1,2	-1,5	-1,4
Nichtbanken-Finanzintermediäre	+12,5	-4,2	-3,8	-5,8
Öffentlicher Sektor	-0,5	+3,5	+4,7	+9,0

1 Jahresdurchschnittswerte

% y-o-y = Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Disclaimer

Dieses Dokument wurde von der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft, Georg-Coch-Platz 2, 1018 Wien („**BAWAG P.S.K.**“) ausschließlich zu Informationszwecken erstellt („**Information**“). Die Information stellt keine Anlageberatung bzw. sonstige Beratung dar. Die Information ist kein Angebot und keine Empfehlung, Wertpapiere oder andere Finanzinstrumente zu kaufen oder zu verkaufen. Die Information stammt aus öffentlich zugänglichen Quellen, die die BAWAG P.S.K. als zuverlässig erachtet hat. Die BAWAG P.S.K. gibt keine Garantie oder Gewährleistung ab, indirekt oder direkt, im Hinblick auf die Richtigkeit und Genauigkeit, die Verlässlichkeit und die Vollständigkeit der Information. Die BAWAG P.S.K. übernimmt für die Information keinerlei Haftung. Unter keinen Umständen haftet die BAWAG P.S.K. für Verluste, Schäden, Kosten oder sonstige Aufwendungen (insbesondere gilt dies für direkte oder indirekte Schäden, für Folgeschäden oder entgangenen Gewinn), die im Zusammenhang mit der Verwendung der Information oder aufgrund von Maßnahmen im Vertrauen auf die Information entstehen. Die BAWAG P.S.K. übernimmt keine Verpflichtung, die Information zu aktualisieren. Vergangene Wertentwicklungen lassen keinen verlässlichen Rückschluss auf zukünftige Entwicklungen zu. Tatsächliche Ergebnisse können von Prognosen abweichen. Derartige Abweichungen können merklich positiv oder negativ sein. Der Inhalt dieses Dokuments ersetzt keine professionelle und individuelle Beratung. Dieses Dokument ist nur für die Nutzung durch den Empfänger bestimmt und darf ohne schriftliche Zustimmung der BAWAG P.S.K. weder verändert, vervielfältigt, verbreitet, veröffentlicht oder an andere Personen weitergegeben werden.

This paper has been prepared by BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft, Georg-Coch-Platz 2, 1018 Wien („**BAWAG P.S.K.**“) solely for the purpose of providing general information (“**Information**“). The Information does not constitute investment or other advice. It does not constitute an offer or recommendation to purchase or sell any securities or other investments or financial products. The Information derives from public sources BAWAG P.S.K. considered to be reliable. However, BAWAG P.S.K. does not make any representation, express or implied, as to the accuracy, reliability or completeness of the Information. BAWAG P.S.K. disclaims all warranties with regard to the Information. In no event shall BAWAG P.S.K. be liable for any loss, damages, costs or other expenses of any kind (including, but not limited to, direct, indirect, consequential or loss of profit) arising out of or in connection with any use of, or any action taken in reliance on, any Information. BAWAG P.S.K. assumes no obligation for updating the Information. Past performances do not permit reliable conclusion to be drawn as to future performances. Actual results may vary from forecasts and variations may be materially positive or negative. The content in this document is not to be relied upon as a substitute for professional and individual advice. This document is only for the use of its recipient and must not without the written consent of BAWAG P.S.K. be amended, copied, distributed, published or forwarded to other persons.

Rückfragehinweis

Stefan Rossmanith (Tel. +43 5 99 05 32055 / stefan.rossmanith@bawagpsk.com)

Michaela Dueñas Vega (Tel. +43 5 99 05 32053 / michaela.duenas-vega@bawagpsk.com)

Bezugsquelle

Diese und weitere Publikationen von Volkswirtschaft & Research finden Sie auf der Homepage der BAWAG unter dem Link <https://www.bawag.com/BAWAG/FK/SV/INF/14032/Economics.html> und der Homepage der P.S.K. unter dem Link

http://www.pskbank.at/psk/_Services/Privatkunden/nav,setId=psk,33240=Home,32514=Services,32514=Privatkunden,35522=Alle_20News,35522=clusterRoot.html.

Für Zusendungen per e-mail folgen Sie bitte dem Link „Think Business Newsletter An- bzw. Abmeldung“.

© 2010, BAWAG P.S.K., Wien.

BAWAG P.S.K.

Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft
Volkswirtschaft und Research

Georg-Coch-Platz 2

A-1018 Wien

<http://www.bawag.com>